

ENTWURF — Bitte um Stellungnahme

(für ein dem IC angekündigtes Working Paper)

SCI – ARBEITSLAGER IN DER DDR

Eine Stellungnahme von Bertram Schröter, 1. Vorsitzender des deutschen Zweiges

Nachdem in diesem Sommer ein erstes SCI - Arbeitslager in der DDR stattgefunden hat, ist vom Internationalen Komitee zu untersuchen, ob solche auch in Zukunft durchgeführt werden sollen und wenn ja, unter welchen Bedingungen. Im deutschen Zweig wurde in den letzten Jahren wiederholt über die Möglichkeit von Diensten in der DDR diskutiert, die Mitgliederversammlung hat jedoch bisher keine Beschlüsse gefaßt, welche als eine deutsche Konzeption anzusprechen wären. In dieser Stellungnahme kann daher nur versucht werden, eine solche anzudeuten. Es muß dann der nächsten deutschen Mitgliederversammlung am 21. / 22. März 1964 in Wiesbaden überlassen bleiben, hierzu Stellung zu nehmen.

Als erstes scheint es mir notwendig zu betonen, daß es zu den grundsätzlichen Zielen des SCI und damit auch des deutschen Zweiges gehört, in Spannungsgebieten zu arbeiten und über die Grenzen hinweg eine Verständigung zu fördern. Dies gilt ohne Zweifel auch uneingeschränkt für die DDR.

Wenn von deutscher Seite in der Vergangenheit Bedenken gegen Arbeitslager in der DDR geltend gemacht worden sind, können sie deshalb nicht grundsätzlicher Art sein, sondern nur in einer der folgenden Gruppen zu finden sein :

- a) "Bedingungen" für einen Dienst in der DDR;
- b) Fragen der Zweckmäßigkeit eines solchen Dienstes.

Dies soll im folgenden einzeln untersucht werden.

Bedingungen für einen Dienst in der DDR

Teilnehmer :

Nach den Vorstellungen des deutschen Vorstandes darf der Kreis der Teilnehmer an einem Dienst in der DDR nicht eingeschränkt werden, das heißt jeder vom SCI gemeldete Freiwillige muß von östlicher Seite akzeptiert werden.

Dies bedeutet :

-- Westberliner müssen die Einreisebewilligung erhalten.

In diesem Jahr wurde von uns Marianne Reiff für die Teilnahme an dem Dienst bei Potsdam gemeldet. Marianne erhielt kein Visum, während Lutz Caspers (aus Hannover) ein Visum bekam, obwohl er drei Wochen später angemeldet wurde.

Dies bedeutet :

-- Flüchtlinge aus der DDR müssen die Einreisebewilligung erhalten und unbehelligt wieder ausreisen können. Jeder zehnte Bewohner der Bundesrepublik ist in den vergangenen Jahren aus der DDR geflohen.

Dies bedeutet :

-- Auch vom SCI angemeldete in der DDR wohnende Freiwillige sollen an einem Lager teilnehmen können.

In diesem Zusammenhang sei an einen früheren Beschluß des Internationalen Komitees erinnert, der es für ein Lager in Ägypten zur Bedingung macht, daß an diesem auch Freiwillige jüdischen Glaubens teilnehmen können.

Zu diesem Punkt gehört ferner der Hinweis, daß alle Deutschen unabhängig von ihrem derzeitigen Wohnsitz den Gesetzen der DDR unterstehen. Freiwillige aus der Bundesrepublik und aus Westberlin können daher jederzeit nach dem "Gesetz gegen Boykotttätze", dem "Gesetz zum Schutz vor Republikflucht" und anderen DDR-Gesetzen verurteilt werden (deren Lektüre hiermit allen IC-Mitgliedern empfohlen wird). Da die DDR kein Rechtsstaat ist, muß sich das Internationale Komitee der besonderen Verantwortung gegenüber deutschen Freiwilligen bewußt sein.

Projekt :

Nach einem Beschluß der deutschen Mitgliederversammlung vom 3. / 4. März 1962 in Bochum ist es eine Bedingung für eine deutsche Unterstützung eines SCI-Dienstes in der DDR, daß dieser "zum Nutzen der dortigen Bevölkerung stattfindet.

Dies bedeutet :

-- Die Mehrheit der Mitglieder des deutschen Zweiges lehnt mit Entschiedenheit jeden Dienst ab, der als eine Unterstützung der Regierung der DDR oder ihrer Ziele angesehen werden könnte. Projekte in der DDR bedürfen daher einer ganz besonders sorgfältigen Auswahl. Das diesjährige Lager bei Potsdam entsprach zum Beispiel nur sehr bedingt unseren Forderungen; dies zeigte sich schon in der bewußten Zurückhaltung der Bevölkerung gegenüber den Lagerteilnehmern (Erster Kommentar eines Teilnehmers des Potsdamer Lagers : keinerlei Kontakt mit der Bevölkerung).

Dies bedeutet :

-- Mögliche Projekte in der DDR sollten bereits im allerersten Stadium der Verhandlungen mit dem deutschen Vorstand abgestimmt werden.

Zweckmäßigkeit von Diensten in der DDR

Der deutsche Vorstand ist der Meinung, daß selbst bei einer Erfüllung der genannten Bedingungen eine deutsche Beteiligung an SCI-Diensten in der DDR unzweckmäßig sein kann.

Der deutsche Zweig beteiligt sich an einigen Programmen von Bonner Regierungsstellen. So bekommen wir seit vielen Jahren für die Durchführung von "internationalen Gemeinschaftsdiensten" Gelder aus dem Bundesjugendplan – etwa DM 20.000,- pro Jahr –, der Zivildienst ist als Trägerorganisation für den zivilen Ersatzdienst anerkannt und führt seit drei Jahren Dienste für anerkannte Wehrdienstverweigerer durch, weiterhin ist der deutsche Zweig in der "Deutschen Entwicklungsdienst GmbH" vertreten und wir haben gute Aussichten, im Rahmen der Entwicklungshilfe wesentliche Zuschüsse für bestimmte Projekte zu bekommen und außerdem Freiwillige in Ausbildungskurse schicken zu können.

Eine selbstverständliche und unausgesprochene Voraussetzung der Beteiligung an solchen Programmen ist es, daß die Partnerorganisation – in diesem Fall also der Zivildienst – nicht den (politischen) Zielen des Geldgebers – der deutschen Bundesregierung – entgegenarbeitet. Da es keinen Zweifel daran geben kann, daß eine Durchführung von Arbeitslagern in der DDR in den allermeisten Fällen dem Tatbestand einer "unfreundlichen Handlung" entspricht, steht es dem deutschen Zweig frei, unter drei Möglichkeiten zu wählen :

- a) auf die Beteiligung an Programmen unserer Regierung zu verzichten;
- b) Dienste in der DDR nur in einem Rahmen durchzuführen, der für Bonner Stellen noch akzeptabel ist;
- c) keine Dienste in der DDR durchzuführen und sich nicht an solchen zu beteiligen.

Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des deutschen Zweiges ist ohne Zweifel bereit, sich in einer zwingenden Situation vorbehaltlos zu den Zielen und zur Arbeit des SCI zu bekennen. Der Vorstand des deutschen Zweiges war und ist jedoch der Auffassung, daß Aufwand und Ertrag in einem gewissen Verhältnis zueinander stehen müssen. So scheint es uns nicht angebracht zu sein, alleine für die Teilnahme von zwei bis drei deutschen Freiwilligen an einem Lager in der DDR auf die Möglichkeiten zu verzichten, welche uns bei einer Beteiligung an den erwähnten Programmen geboten werden.

Der deutsche Vorstand suchte und sucht auch jetzt noch nach Wegen, die sowohl eine Teilnahme deutscher Freiwilliger an Diensten in der DDR sowie die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Bonner Regierungsstellen ermöglicht. So haben wir in Übereinstimmung mit Chris Hollaender und Roger Briottet im Juni diesen Jahres den Versuch gemacht, aus Bonn die Zustimmung zur Entsendung von zwei "Beobachtern" nach Potsdam zu erhalten. Unsere Anfrage und das Antwortschreiben sind am Ende dieses Berichtes angefügt.

Die negative Stellungnahme aus Bonn kam für den deutschen Vorstand nicht überraschend, weil der Dienst bei Potsdam einen für uns wesentlichen Mangel hatte : die Zusammenarbeit mit der FDJ.

Dies bedeutet :

-- Der SCI sollte nur mit "nicht-politischen" Organisationen der DDR zusammenarbeiten, also nicht mit der SED, der FDJ, der Gesellschaft für Sport und Technik.

Im Rahmen dieses Berichtes kann nicht gesagt werden, welche Organisationen im einzelnen für eine Zusammenarbeit in Frage kommen, dies sollte vielmehr in jedem einzelnen Fall geprüft werden.

Dies bedeutet :

-- Wenn sich Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit einer Organisation der DDR ergeben, sollte der deutsche Vorstand um seine Stellungnahme gebeten werden.

Weiterhin sollte dafür gesorgt werden, daß mit den westdeutschen und westberliner Teilnehmern an einem Dienst in der DDR keine Propaganda getrieben wird.

Dies bedeutet :

-- Vorherige Abmachungen mit der Partnerorganisation der DDR, daß in Berichten über den Dienst die Teilnehmer aus der Bundesrepublik und aus Westberlin nicht einzeln erwähnt oder herausgestellt werden, noch deren Teilnahme außer im Rahmen einer allgemeinen Aufzählung erwähnt wird.

Bei Erfüllung dieser Bedingungen scheint es mir möglich zu sein, zu einer Beteiligung des deutschen Zweiges an Diensten in der DDR zu kommen. Solange diese jedoch nicht erfüllt sind, sollte der SCI es akzeptieren, wenn der deutsche Zweig weder an der Durchführung mitarbeitet noch Teilnehmer schickt.

Göttingen

30. September 1963